

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 28. März 1984

am Donnerstag, dem 29. März 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	78, 79	Pfeffermann (CDU/CSU)	39, 40
Antretter (SPD)	74, 75	Poß (SPD)	52
Austermann (CDU/CSU)	50, 51	Rapp (Göppingen) (SPD)	65
Bindig (SPD)	70	Dr. Rose (CDU/CSU)	8, 66
Conradi (SPD)	36, 37	Dr. Rumpf (FDP)	4, 5
Dr. Czaja (CDU/CSU)	44, 45	Sauermilch (DIE GRÜNEN)	41, 42
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	19	Dr. Scheer (SPD)	12, 76
Delorme (SPD)	17, 18	Schily (DIE GRÜNEN)	15, 16
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	72, 73	Schmidbauer (CDU/CSU)	32, 33
Dr. Ehrenberg (SPD)	30, 31	Schröder (Hannover) (SPD)	1, 2
Gansel (SPD)	60, 71	Seehofer (CDU/CSU)	34, 35
Dr. Hirsch (FDP)	48, 49	Dr. Sperling (SPD)	53, 54
Frau Huber (SPD)	61, 62	Dr. Steger (SPD)	22, 23
Dr. Hupka (CDU/CSU)	46, 47	Frau Steinhauer (SPD)	80, 81
Dr. Jannsen (DIE GRÜNEN)	6, 7	Stiegler (SPD)	56, 57
Kirschner (SPD)	84, 85	Stockleben (SPD)	3, 55
Dr. Klejdzinski (SPD)	67, 68	Stutzer (CDU/CSU)	38
Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)	13, 14	Toetemeyer (SPD)	43
Kuhlwein (SPD)	82, 83	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	26, 27
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	63, 64	Weiß (CDU/CSU)	58, 59
Lattmann (CDU/CSU)	77	Werner (CDU/CSU)	28, 29
Menzel (SPD)	69	Frau Weyel (SPD)	20, 21
Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	11	Frau Will-Feld (CDU/CSU)	24, 25
Pauli (SPD)	9, 10		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	12

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Wie ist gegenwärtig der Stand der vom Chef des Bundeskanzleramtes Professor Schreckenberger schon vor einigen Monaten mehrfach öffentlich angekündigten Überprüfung der Arbeits- und Geschäftsabläufe im Bundeskanzleramt durch den Bundesrechnungshof, die er – um Kritik an seiner Amtsführung zu entkräften – einleiten wollte?
2. Abgeordneter
Schröder
(Hannover)
(SPD) Welche Ergebnisse dieser Prüfung liegen bereits vor, und bis wann ist mit einem endgültigen Bericht zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

3. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Treffen Meldungen des „Spiegel“ vom 19. März 1984 zu (S. 132), wonach entgegen den Ankündigungen von Bundesbauminister Dr. Schneider im vergangenen Jahr am wenigsten Wohnungen seit 1949 gebaut worden sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

4. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über den Einfluß des mitteleuropäischen Flugverkehrs und der Militärbasen auf das Zunehmen der neuartigen Waldschäden?
5. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP) Liegen der Bundesregierung Untersuchungen und Ergebnisse aus dem Umfeld der Flughäfen und Militärbasen vor, die Aussagen über eine signifikante Verstärkung der Waldschäden durch Kerosin machen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

6. Abgeordneter
Dr. Jannsen
(DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung den Kauf von Ausbildungsplätzen für vertretbar?
7. Abgeordneter
Dr. Jannsen
(DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um den Kauf oder Verkauf von Ausbildungsplätzen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

8. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU) Beabsichtigt das Bundesverteidigungsministerium eine Aufhebung des Gebots, Baumaßnahmen ausschließlich mit Beton und keinesfalls mit Granitstein durchzuführen?
9. Abgeordneter **Pauli** (SPD) Wie groß war bisher das Blutspendenaufkommen von Bundeswehrangehörigen in Institutionen der Bundeswehr, und was ist dann mit diesen Blutspenden bisher geschehen?
10. Abgeordneter **Pauli** (SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung, in Zukunft das Blutspendenwesen und die Blutspendenweiterverarbeitung in der Bundeswehr zu organisieren?
11. Abgeordnete **Frau Nickels** (DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß in den jedermann zugänglichen Protokollen des US-Repräsentantenhauses (konkret: Hearings to authorize certain construction at military installations for fiscal year 1984 and for other purposes before the military installations and facilities subcommittee of the committee on armed services — House of Representatives — 98. Congress, first session, Washington 1983, S. 609) der Ort Wüschheim im Hunsrück offen als Operationsbasis für atomar bestückte Atomraketen des Typs Cruise Missiles GLCM in der Bundesrepublik Deutschland („operations facility in the 4th country“) angegeben wird, und welchem Zweck dienen die Rodungs- und Bauarbeiten, die seit Anfang Februar 1984 an der Landesstraße zwischen der Ortschaft Hasselbach und der B 327 neben der ehemaligen Nike-Hercules-Stellung vorangetrieben werden?
12. Abgeordneter **Dr. Scheer** (SPD) Mit welchem Ergebnis ist in einer offiziellen Sitzung der NATO-Verteidigungsminister die neue amerikanische Heeresdienstvorschrift „Field Manual 100/5“ vom August 1982 erörtert worden?
13. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß es eine Anordnung für die Standortverwaltungen gibt, aus der hervorgeht, daß für die Erledigung der Wäsche der Wehrpflichtigen der billigste Anbieter zu nehmen ist und aus diesem Grunde häufig vom Standort weit entfernte Wäschereien ausgewählt werden, was zu zeitlichen Verzögerungen führt?
14. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU) Wäre es im Interesse einer truppenfreundlichen und wirklich gründlich durchgeführten Pflege der Wäsche der Soldaten nicht sinnvoller, anerkannte gute Wäschereien am Dienort zu beauftragen, um den Müttern der Soldaten das regelmäßig wiederkehrende Waschen und Bügeln der gesamten Dienstbekleidung zu ersparen?
15. Abgeordneter **Schily** (DIE GRÜNEN) Entspricht es der Praxis innerhalb der Bundeswehr, daß Soldaten allein auf Grund der Zugehörigkeit zur Partei DIE GRÜNEN Benachteiligungen ausgesetzt sind (Entzug von Sicherheitsstufen, Beförderungsstop und dergleichen), obwohl ihnen von ihren Vorgesetzten korrektes Verhalten bescheinigt wird und ihnen keine Verstöße gegen Bestimmungen des Soldatengesetzes zum Vorwurf gemacht werden, gegebenenfalls auf welcher rechtlichen Grundlage finden solche Maßnahmen statt?

16. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN) Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Militärische Abschirmdienst (MAD) zusätzlich zu den in den geltenden Vorschriften (ZDv 2/30) genannten Gründen eine Überprüfung des Sicherheitsstatus von Soldaten vornimmt, und auf wessen Weisungen werden solche Zusatzüberprüfungen durchgeführt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

17. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei vielen Sozialhilfeträgern Unsicherheit darüber besteht, ob Personen, die im Rahmen des Arbeitsförderungs-gesetzes fortgebildet oder umgeschult werden, die aber von der Arbeitsverwaltung keine oder keine ausreichenden Leistungen zur Bestreitung ihres Lebensbedarfs erhalten, Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt werden kann?
18. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß es der § 26 Bundessozialhilfegesetz nicht verbietet, Personen, die an Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung teilnehmen, Hilfe zum Lebensunterhalt zu gewähren, und hält sie eine entsprechende Klarstellung angesichts eines entgegenstehenden Urteils des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes für erforderlich?
19. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-
Gmelin**
(SPD) Worauf stützt sich die laut Pressemeldungen (Agentur Reuter, vgl. u. a. Lübecker Nachrichten vom 10. März 1984) vom Kanzleramtschef Dr. Schreckenberger geäußerte Erwartung, bis 1990 werde den Bundesbürgern durchschnittlich 17 v. H. mehr Freizeit zur Verfügung stehen?
20. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD) Was geschieht mit der Frischmilch, wenn (wie kürzlich in Milchviehfuttermitteln, z. B. Tamarindensaat aus Indien) hohe Rückstände von Pflanzenschutzmitteln (HCH) festgestellt wurden, die zum Rückruf und Fütterungsverbot führten, und auf welche Weise werden die Verbraucher davor gewarnt, die mit Rückständen belastete Milch zu trinken bzw. Kleinkindern zum Trinken zu geben?
21. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die mit HCH-Rückständen belastete Milch aus dem Verkehr zu ziehen, und kann der Verbraucher sicher sein, daß er diese verseuchte Milch nicht als H-Milch oder Trockenmilch angeboten bekommt?
22. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wird die Bundesregierung entsprechend dem Arzneimittelgesetz eine Zulassungs- und Aufbereitungskommission für den humanmedizinischen Bereich „Organtherapeutische Therapierichtung und Stoffgruppe“ berufen, und wie wird diese zusammengesetzt?
23. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche anderen Zulassungs- und Aufbereitungskommissionen nach dem Arzneimittelgesetz wurden bisher berufen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommissionen?

24. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung bei den weiteren Verhandlungen in Brüssel die Beschlußempfehlung des Bundesrates zum Einsatz von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat (RTK) (BR-Drucksache 543/83) vom 24. Februar 1984 dahin gehend aufnehmen, daß die Ersetzung des Zuckers durch rektifiziertes Traubenmostkonzentrat abgelehnt wird, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß bereits ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Verbots der Verwendung von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat in Wein aus den Weinbaugebieten der Bundesrepublik Deutschland anhängig ist?
25. Abgeordnete
Frau
Will-Feld
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Beschlußempfehlung des Bundesrates zum Einsatz von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat (RTK) (BR-Drucksache 543/83), und hat sie bereits Vorstellungen, wie kontrolliert werden soll, daß für die Herstellung von RTK nur geeignete Trauben und Moste aus vorhandenen Anpflanzungen verwendet werden?
26. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung in dem in der Bundesrepublik Deutschland bereits vielfältig praktizierten sogenannten Wasserdampfverfahren eine Alternative zur Begasung oder Bestrahlung von Gewürzen?
27. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Erklärt sich die Tatsache, daß die Bundesregierung auf die klare Frage nach den Deklarationsmerkmalen für die von der Firma Gammaster in Allershäusen bestrahlten und angeblich für den Export bestimmten Lebensmitteln lapidar antwortet: „Sie müssen kenntlich gemacht werden“ (Drucksache 10/1020, Frage 11) damit, daß der Bundesregierung diese Kennzeichnung nicht bekannt sind?
28. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die rechtliche Qualität der Schwangerschaftsabbrüche, deren Kosten bei den gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet wurden und deren Zahl im Jahre 1981 über 100 000 höher war als die beim Statistischen Bundesamt gemeldete?
29. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, damit in Zukunft ausgeschlossen wird, daß Ärzte Abtreibungen mit den Krankenkassen abrechnen können, ohne gleichzeitig der vorgeschriebenen Meldepflicht gegenüber dem Statistischen Bundesamt nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

30. Abgeordneter
Dr. Ehrenberg
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob die nach einer Meldung der Nord-West-Zeitung vom 16. August 1983 von Staatssekretär Dr. von Geldern zugesagten 120 000 DM zur Ausbaggerung des Fahrwassers von Harlesiel nach Wangerooge inzwischen bereitgestellt sind?

31. Abgeordneter **Dr. Ehrenberg** (SPD) Wieweit ist die bei derselben Besuchsreise von Staatssekretär Dr. von Geldern in Aussicht gestellte Klärung der umstrittenen Kompetenzfragen beim Harle-Fahrwasser fortgeschritten?
32. Abgeordneter **Schmidbauer** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine eine Gebührenanhebung um 16,8 v. H. beim Bundesminister für Verkehr beantragt hat?
33. Abgeordneter **Schmidbauer** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesländer eine in zwei Stufen mit einjährigem Abstand durchzuführende Anhebung der Behördengebühren (z. B. in der Kraftfahrzeug-Zulassungsstelle usw.) um 40 v. H. beantragt haben?
34. Abgeordneter **Seehofer** (CDU/CSU) Plant die Deutsche Bundesbahn in der Region Ingolstadt eine Reduzierung ihres Angebots auf der Schiene oder gar Streckenstillegungen?
35. Abgeordneter **Seehofer** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß zukünftig IC-Züge nicht mehr über Ingolstadt geführt werden und dafür mehr D-Züge eingesetzt werden sollen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

36. Abgeordneter **Conradi** (SPD) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost ab 1. April 1984 einen Horoskopdienst in das Angebot ihrer Fernsprechsonderdienste aufnimmt?
37. Abgeordneter **Conradi** (SPD) Welche anderen „Lebenshilfen“ beabsichtigt die Deutsche Bundespost in das Angebot ihrer Fernsprechsonderdienste aufzunehmen?
38. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU) Wann soll nach den Plänen der Bundesregierung mit der Glasfaserverkabelung in Schleswig-Holstein begonnen werden, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß für dieses Bundesland wegen seiner Randlage neue Dienste der Telekommunikation genauso wichtig wie überregionale Verkehrsanbindungen sind?
39. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß neben den bisher von der Ehefrau des ehemaligen Bundespostministers Gscheidle irrtümlicherweise verwandten, nicht in den Verkauf gekommenen Olympia-Briefmarken 1980 jetzt auch postfrische Exemplare auf dem Markt angeboten werden?
40. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) Wie ist dies zu erklären, und welche Schritte wird der Bundespostminister unternehmen, um diese Angelegenheit aufzuklären?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

41. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung ab welcher Zeit zugunsten der Gesundheit und Verbesserung der Haftbedingungen des seit dem 15. Oktober 1983 in Edirne/Türkei wegen des Verdachtes der Schmuggerei inhaftierten und wegen der Haftbedingungen schwer lungenkranken Spediteurs Rudolf Rautenbach aus dem schwäbischen Westerheim/Alb-Donau-Kreis ausgeschöpft?
42. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN) Wie erklärt die Bundesregierung den Zustand, daß die türkische Anklagevertretung bis heute noch nicht im Besitz der Internationalen Transportvorschriften (T.I.R.) ist, und die türkische Anklagevertretung der Verteidigung bis zum heutigen Tage noch nicht die anklageentlastenden Fertigungsnummern der angeblich „geschmuggelten“ Einspritzdüsen übermittelt hat, obwohl nach Zusicherung der Bundesregierung an die betroffene Ehegattin Anneliese Rautenbach die diplomatische Vertretung der Bundesregierung in der Türkei zugunsten des nunmehr seit sechs Monaten einsitzenden und schwerkranken Angeklagten tätig geworden wäre?
43. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die südafrikanische Regierung im Widerspruch zum Völkerrecht seit 1978 mindestens 100 Frauen und Kinder in einem streng geheimen Internierungslager in Mariental/Namibia „illegal“ festhält, und wie gedenkt sie, auf diese Völkerrechtsverletzung gegenüber der südafrikanischen Regierung zu reagieren?
44. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Schritte werden derzeit in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) geprüft und vorbereitet, die der schrittweisen Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas dienen könnten und stärker als bisher die Deutschlandpolitik zur aktuellen Aufgabe europäischer Friedenspolitik machen?
45. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wieviel Ministerien und gegebenenfalls welche haben außer dem Auswärtigen Amt Referate für Völkerrecht und in welcher Zahl?
46. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland befinden sich nach dem Wissensstand der Bundesregierung aus politischen Gründen – nach gerichtlichen Urteilen oder als Untersuchungshäftlinge – in Gefängnissen der Tschechoslowakei?
47. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Zusagen gibt es seitens der Bundesregierung für eine deutsche Fernsehstunde in Jordanien, und welche Gründe sprechen dafür?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

48. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) In wie vielen Fällen wurden 1982 und 1983 von Asylbewerbern sogenannte „Folgeanträge“ im Sinne des Asylverfahrensgesetzes gestellt?

49. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) In wie vielen Fällen blieben diese Anträge erfolglos, und haben sie zu einer merklichen Verzögerung der Abschiebung von Asylbewerbern geführt?
50. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Zielsetzung beabsichtigt die Bundesregierung, neue Beihilfevorschriften zu verabschieden?
51. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Ist dabei insbesondere zu erwarten, daß durch Anpassung an die Regelungen einzelner Bundesländer eine zusätzliche Belastung der Beamten des Bundes zu besorgen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

52. Abgeordneter
Poß
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die u. a. in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 23. Februar 1984 veröffentlichte Auffassung der Deutschen Steuergewerkschaft, nach der die Bundesrepublik Deutschland „die Steuermoral einer Bananenrepublik“ hat?
53. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Treffen Meldungen zu, daß die Bundesregierung bei der Neugestaltung der steuerlichen Wohneigentumsförderung von einem umschichtbaren Finanzvolumen von 7,2 Milliarden DM ausgeht?
54. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung davon ausgeht, daß selbstgenutztes Wohneigentum steuerlich künftig prinzipiell wie ein Konsumgut behandelt werden soll?
55. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie hoch beliefen sich in den einzelnen Jahren seit 1974 die Abführungen des Bundesbankgewinns an den Bundeshaushalt?
56. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der US-Regierung betreffend die Realisierung des amerikanischen „Master-Restationing-Plan“ (MRP), und wie sollen sie weitergeführt werden?
57. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Wird die Bundesregierung in diese Verhandlungen die Forderungen der Gewerkschaft ÖTV auf eine arbeitsrechtliche Besserstellung der Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften mit einbringen, bzw. auf welchen anderen Ebenen wird sie dieses Thema in den bilateralen Gesprächen mit den USA weiterverfolgen?
58. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Städte und Gemeinden, welche Ansprüche auf Zuweisungen nach Artikel 106 Abs. 8 GG geltend machen, auf Grund der am 9. Juli 1976 erlassenen „Grundsätze über die Gewährung von Ausgleichszahlungen des Bundes an Gemeinden nach Artikel 106 Abs. 8 GG als Folge der Grundsteuermindereinnahmen“ in aller Regel keine Ausgleichszahlungen mehr bekommen und damit beträchtliche Einnahmeausfälle hinnehmen müssen, obwohl sie nach wie vor erhebliche Mehrausgaben durch die vom Bund veranlaßten besonderen Einrichtungen haben?

59. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die „Grundsätze für die Gewährung von Ausgleichszahlungen des Bundes an Gemeinden“ nach Artikel 106 Abs. 8 GG als Folge von Grundsteuermindereinnahmen so zu ändern oder neu zu fassen, daß insbesondere bei der Ermittlung der ausgleichsfähigen Grundsteuermindereinnahmen von den steuerlich relevanten Merkmalen des Grundstückes am 31. Dezember des dem Jahr des Ausgleichs vorausgehenden Kalenderjahres ausgegangen wird?
60. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, zu verhindern, daß bei den zum bundeseigenen Salzgitterkonzern gehörenden Howaldtwerken-Deutsche Werft weitere Massenentlassungen vorgenommen und die bestehenden zivilen Produktionskapazitäten durch sogenannte Sanierungskonzepte weiter zerstört werden?
61. Abgeordnete
Frau Huber
(SPD)
- Wird die Bundesregierung für die steuerliche Behandlung der Kinderbetreuungskosten den Grundsatz übernehmen, daß hinsichtlich des Nachweises der Aufwendungen von einer typisierenden Betrachtungsweise auszugehen ist, bei der eine entgeltliche Beaufsichtigung und Betreuung von Kindern im Regelfall vermutet wird, und daß deshalb auf die Vorlage von Einzelbelegen weitgehend verzichtet werden kann, wie dies der damaligen Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten Dr. Häfele, Dr. Kreile und anderer und der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 8/2724) vom 2. April 1979 nahegelegt wurde?
62. Abgeordnete
Frau Huber
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die seinerzeit von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein vertretene Auffassung (vgl. BR-Drucksache 552/6/79 vom 30. November 1979) übernehmen, wonach unter anderem die Beaufsichtigung und Betreuung bei Sport und Spiel sowie die musische oder pädagogische Betreuung zur einkommensteuerlich berücksichtigungsfähigen Kinderbetreuung gehören, oder wird sie der noch weitergehenden Auffassung folgen, daß die Begriffe „Beaufsichtigung“ und „Betreuung“ im Interesse einer gleichmäßigen steuerlichen Behandlung der Familien weit auszulegen sind (vgl. BT-Drucksache 8/2724, Ziffer 1)?
63. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie hoch müßte die Import-Ausgleichsabgabe auf Agrar-Alkohol aus anderen EG-Ländern seitens der Bundesrepublik Deutschland sein, um die Differenz zwischen Inlands- und Exportpreis der in die Bundesrepublik Deutschland exportierenden Länder wettzumachen?
64. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache 337/82 vom 21. Februar 1984 hat die Bundesregierung bereits gezogen bzw. gedenkt sie noch zu ziehen, um die überwiegend auf Familienbetriebsbasis organisierte deutsche Agrar-Alkohol-Erzeugung auch künftig zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

65. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt des Jugendschutzes sowie in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht Anregungen aus Kommunalparlamenten und Jugendverbänden, § 5 Abs. 1 Nr. 1 des Gaststättengesetzes so zu fassen, daß die gaststättenrechtliche Erlaubnis mit der Auflage versehen werden kann, stets mindestens ein alkoholfreies Getränk zu einem Preis anzubieten, der nicht höher sein darf als der Preis des billigsten alkoholischen Getränks in gleicher Menge?
66. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeswirtschaftsminister die im Interesse der deutschen Granitindustrie erforderlichen Gespräche mit der portugiesischen Regierung zum Thema „Granitimporte“ bereits geführt, und falls ja, mit welchem Ergebnis?
67. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die französische und die italienische Regierung beabsichtigen, die umfangreich gewährten Subventionen an Betriebe in der Textil- und Bekleidungsindustrie und insbesondere an staatliche Betriebe auch über den von der EG zugebilligten Zeitraum hinaus zu leisten, und wenn ja, welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung durch die Subventionsaktivitäten anderer Regierungen auf die bundesdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie insbesondere im beschäftigungspolitischen Bereich?
68. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es nicht für erforderlich, bundesdeutschen Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, und wenn ja, mit welchen Mitteln gedenkt die Bundesregierung diesen Wettbewerbsverzerrungen zu begegnen?
69. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Kann sich eine Handwerksinnung, die von Bewerbern um eine Ausbildungsstelle einen Unkostenbeitrag für Eignungstests verlangt, zur Begründung ihrer Forderung auf Bundesrecht berufen, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine Initiative mit dem Ziel ergreifen, diese Möglichkeit auszuschließen?
70. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Treffen Angaben von „sipri“ zu, wonach Hubschrauber des Typs BO-105 – direkt und über Drittländer – sowie Panzertransporter und Roland-Flugabwehrraketen über die deutsch-französische Firma Euromissile an den Irak geliefert werden, und hat die Bundesregierung hierfür die gesetzlich vorgeschriebenen Ausfuhrgenehmigungen erteilt?
71. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Exportgenehmigung für zwei U-Boote nach Chile vor der bevorstehenden Beschlußfassung des Deutschen Bundestages über die Chile-Resolution erteilt, und wie verträgt sich diese Genehmigung mit der in den politischen Grundsätzen der Bundesregierung vom 28. April 1982 aufgeführten „inneren Lage des betreffenden Landes“?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

72. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß die Subvention bestimmter Sorten von Sauerkirschen (z. B. Schattenmorellen) durch die EG (bisher 0,80 DM pro Kilogramm) gestrichen werden soll, und ab wann wird dies der Fall sein?
73. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Ist sich die Bundesregierung der enormen Schwierigkeiten bewußt, die kleinen und mittleren Sauerkirschenanbauern durch die plötzliche Auflassung der Subvention entstehen, nachdem sie sowohl durch die Landwirtschaftsberatung als auch durch die relativ guten Markterlöse dazu angehalten wurden, in den letzten Jahren vermehrt Sauerkirschenkulturen anzulegen?
74. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Welche Konsequenzen sieht die Bundesregierung aus der Ablehnung der Europäischen Tierschutzkonvention durch die Parlamentarische Versammlung des Europarats für die nationale Gesetzgebung?
75. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Wird der Vertreter der Bundesregierung dafür eintreten, daß die Europäische Tierschutzkonvention in der vorliegenden Form auch im Ministerkomitee des Europarats abgelehnt wird, so wie es die Parlamentarische Versammlung empfohlen hat?
76. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung in ihrem in Vorbereitung befindlichen Entwurf für ein neues Tierschutzgesetz den Vorschlägen desjenigen Konventionsentwurfs folgt, der im September 1983 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats abgelehnt wurde, weil er den Belangen des Tierschutzes nicht entsprach?
77. Abgeordneter
Lattmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung das von dem Ratzeburger Ingenieur Alexander Kückens entwickelte Verfahren „Carborain“ zur Stärkung der Widerstandskraft von Pflanzen und Bäumen bekannt, und wie beurteilt sie es?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

78. Abgeordneter
Amling
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation bei der Förderung des Behindertensports und die damit verbundene Kritik, z. B. des Deutschen Behindertensportverbandes, an der unzureichenden Mittelbereitstellung für den Versehrtensport nach § 11 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG)?
79. Abgeordneter
Amling
(SPD) Sind der Bundesregierung die neagativen Auswirkungen für den Behindertensport bekannt, die durch die Streichung bzw. Einschränkung der Freifahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln für die behinderten Mitbürger entstanden sind, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

80. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer
(SPD)** Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Förderung sogenannter für den Arbeitsmarkt zweckmäßiger Berufsförderungsmaßnahmen außer den gesetzlichen Einschränkungen (Darlehen) zur Zeit fast total eingeschränkt ist, weil bei der Bundesanstalt für Arbeit keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, und was gedenkt sie zu tun, um die berufliche Qualifikation weiter zu fördern?
81. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer
(SPD)** Hält die Bundesregierung es für nicht notwendig, daß wegen der in absehbarer Zeit nicht erfüllten Erwartungen hinsichtlich der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes flankierende Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes eingeleitet werden (z. B. in Form von weiteren gezielten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) und diese insgesamt in ein Arbeitsförderungsprogramm zur Verbesserung der Beschäftigung einfließen?
82. Abgeordneter
**Kuhlwein
(SPD)** Trifft es zu, daß die von der Bundesanstalt für Arbeit für Maßnahmen nach § 44 Abs. 2 a Arbeitsförderungsgesetz (AFG) (individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung) zur Verfügung gestellten Mittel gemessen an den gestellten Anträgen bei weitem nicht ausreichen?
83. Abgeordneter
**Kuhlwein
(SPD)** Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen dieser Situation auf die Bereitschaft zur Meisterfortbildung, und welche Auswirkungen dürften sich daraus für das Angebot an Ausbildungsplätzen ergeben?
84. Abgeordneter
**Kirschner
(SPD)** Wieviel ausländische Arbeitnehmer haben bisher die bis 30. Juni 1984 befristete Rückkehrhilfe in Anspruch genommen?
85. Abgeordneter
**Kirschner
(SPD)** Welche Initiativen für die Behinderten, die aus Zuschriften und auf persönliche Ansprache dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten diesem im Zusammenhang mit den Änderungen durch die haushaltsbegleitenden Gesetze '83 und '84 vorgetragen wurden, hat dieser aufgegriffen, und was wurde von ihm bewirkt?

Bonn, den 23. März 1984

